

Moritz Warnke, 10.06.24

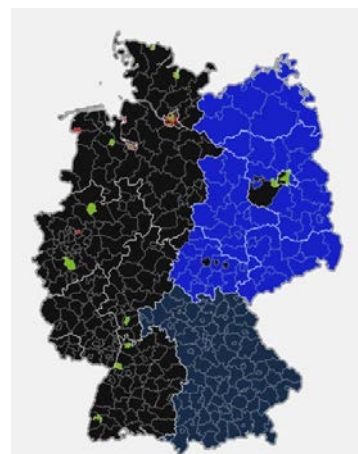
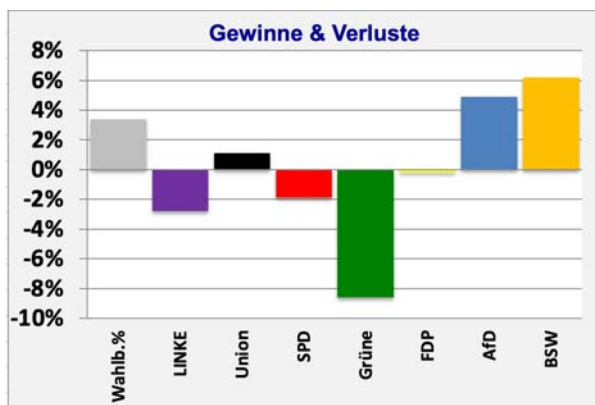
moritz.warnke@rosalux.org

Datenstand: vorl. Endergebnis

Europawahl in Deutschland am 9. Juni 2024

- Wahlnachtbericht und erste Deutungen -

Das Ergebnis in der Übersicht						
	EW 2019		EW 2024		Veränderung	
	Stimmen (%)	Mandate	Stimmen (%)	Mandate	Stimmen (%)	Mandate
Wähler*innen	61,4%	96	64,8%	96	3,4%	
LINKE	5,5%	5	2,7%	3	-2,8%	-2
Union	28,9%	29	30,0%	29	1,1%	0
SPD	15,8%	16	13,9%	14	-1,9%	-2
Grüne	20,5%	21	11,9%	12	-8,6%	-9
FDP	5,4%	5	5,2%	5	-0,2%	0
AfD	11,0%	11	15,9%	15	4,9%	4
BSW	0,0%	0	6,2%	6	6,2%	6
Tierschutz	1,4%	1	1,4%	1	0,0%	0
PARTEI	2,4%	2	1,9%	2	-0,5%	0
Volt	0,7%	1	2,6%	3	1,9%	2
Freie Wähler	2,2%	1	2,7%	3	0,5%	2
Piraten	0,7%	1	0,5%	0	-0,2%	-1
P.d.Fortschritts	0,0%	0	0,6%	1	0,6%	1
ÖDP	1,0%	1	0,6%	1	-0,4%	0
FAMILIE	0,7%	1	0,6%	1	-0,1%	0
Sonstige	3,8%	0	3,5%	0	-0,3%	0



Quelle: tagesschau.de: <https://gleft.de/5Dn>

Inhalt

Ergebnisse und erste Deutungen	S.3
Ausgangslage und Kontext der Wahl	S.10
Wahlkampf, Umfrageverlauf, wichtige Themen & LINKE-Wahlkampagne	S.16
Lange Linien – frühere Linke-Ergebnisse bei Europa- und Bundestagswahlen	S.20
Erkenntnisse aus Nachwahlbefragungen	S. 24

Bei den Europawahlen sind ca. 361 Millionen EU-Bürger:innen, davon 61,6 Millionen in Deutschland, zur Wahl des europäischen Parlaments mit insgesamt 720 Sitzen aufgerufen. Dabei sind die Wahlbedingungen in den unterschiedlichen Mitgliedsländern unterschiedlich, so gibt es in einigen Ländern eine Sperrklausel, in anderen nicht, ebenso ist das Wahlalter national unterschiedlich geregelt (in den meisten Ländern gilt 18 Jahre als Mindestalter). Der Abstimmungszeitraum ist je nach Land unterschiedlich und erstreckt sich 2024 vom 6.-9. Juni. Die Sitzverteilung des europäischen Parlaments ist zunächst nach nationalen Größenanteilen gegliedert, die dann nach dem relativen Stimmenanteil der Parteien im Verhältniswahlrecht vergeben werden. Für deutsche Parteien sind 96 der 720 Sitze im EU-Parlament reserviert, diese werden in Deutschland ohne Sperrklausel vergeben, wobei mit der Wahl 2024 das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt wurde. Dieser Wahlnachtbericht hat die Europawahl in Deutschland zum Gegenstand. Wahlergebnisse in anderen EU-Ländern werden allenfalls schlaglichtartig gestreift, die zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen in acht Bundesländern (Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Sachsen) werden nicht berücksichtigt.

Ergebnisse und erste Deutungen

Die Wahlbeteiligung liegt bei 64,8% und damit leicht höher als 2019 (61,4%, +3,4%). 2019 hatte es bereits einen Anstieg der Wahlbeteiligung und insbesondere eine starke Mobilisierung von jüngeren Wähler:innen der damals frisch entstandenen „Fridays For Future“-Bewegung gegeben. Die Wahlbeteiligung festigt sich auf diesem für EU-Wahlen vergleichsweise hohem Niveau, liegt aber dennoch unter dem Niveau bei Bundestagswahlen.

Die Union gewinnt +1,1% hinzu und erreicht mit 30,0% (CDU: 23,7%, CSU: 6,3%) ein ähnliches Wahlergebnis wie 2019 (28,9% (CDU: 22,6%, CSU: 6,3%)), als sie ihr mit Abstand historisch schlechtestes Wahlergebnis eingefahren hatte – ein Grund dafür war damals ein kurz vor der EU-Wahl veröffentlichtes youtube-Video („Die Zerstörung der CDU“) durch den Youtuber Rezo. Trotzdem die Union sich weiterhin unter dem Niveau früherer EU-Wahlen (2014: 35,3% (CDU: 30,0%, CSU 5,3%), 2009: 37,9% (CDU: 30,7%, CSU 7,2%)) bewegt, darf sie sich als Wahlsiegerin fühlen – in erster Linie, weil die anderen Parteien teils erheblich verlieren. Die CDU adressierte mit ihrer Kampagne eine eher diffuse Angst über den Weltzustand, ein Leben in „Freiheit“ und „Sicherheit“ sei nur mit der EU möglich, wofür die CDU stehe. Die Partei setzte damit auf einer realen Stimmungslage auf, so sahen zwei Monate vor der Wahl mehr als zwei Drittel (67%, infratest dimap / DeutschlandTrend vom 04.04.2024¹) der Wähler:innen „Frieden und Sicherheit in Europa“ stark oder sehr stark bedroht (dies entspricht +28% im Vergleich zur Erhebung vor der Europawahl 2019). Etwas überraschend ist daher die Entwicklung der ausschlaggebenden Gründe für die Wahlentscheidung für die Union gegenüber 2019: Friedenssicherung 28% (-10%), Soziale Sicherheit 22% (+6%), Wirtschaftswachstum 20% (+8%), Zuwanderung 19% (+16%)².

Die Kompetenzwerte der Union in einem ihrer Kernthemen, der Wirtschaft, sind für ihre Verhältnisse schlecht: nur 36% stimmen der Aussage zu, dass die Union die Wirtschaft am ehesten voranbringe (infratest dimap / ARD). Und obwohl die Ampel-Koalition absolut unbeliebt ist, sind nur 30% der Meinung, die Union würde es in der Regierung besser machen (Forschungsgruppe Wahlen / ZDF), lediglich 20% sind der Meinung Friedrich Merz wäre ein guter Bundeskanzler.

Ganz nebenbei hat die Union in Person von Ursula von der Leyen die Koordinaten der viel beschworenen Brandmauer gegen Rechts verschoben. Mit ihrer neuen Strategie einer möglichen Einbindung gegenüber der Rechtspopulistin Le Pen und der Postfaschistin Meloni konnte sie zwar taktisch den Druck auf die AfD erhöhen und diese isolieren, aber nur um den Preis, dass die Strategie der Entdämonisierung („De-

¹ Online: <https://gleft.de/5Ca>

² infratest dimap / ARD, online: <https://gleft.de/5Dp>

Diabolisation³⁾ des Front National / Rassemblement National bzw. der Postfaschisten aus Italien aufgeht. Faktisch reißt von der Leyen die Brandmauer von außen ein.

Die SPD fährt mit 13,9% ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis ein – noch nie hat die Partei bei einer bundesweiten Wahl so wenige Stimmen erhalten. Da die Partei im Wahlkampf vor allem Kanzler Scholz in den Mittelpunkt gerückt hat, dürfte die Debatte um Pistorius als womöglich geeigneteren, weil in den Umfragen beliebteren Kanzlerkandidaten, neues Futter bekommen – Olaf Scholz geht jedenfalls als Verlierer aus dieser Wahl. Ohnehin ist er in einer überaus unbeliebten Bundesregierung (76% Unzufriedenheit) einer der unbeliebtesten Politiker (lediglich 25% Zufriedenheit). Und die grundsätzlichen Widersprüche der Ampel – insbesondere die Notwendigkeit für die FDP sich zu profilieren, um bei der nächsten Bundestagswahl über 5% zu kommen – dürften bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen ab Herbst eher noch deutlicher zu Trage treten. Die Ampel-Parteien haben jedenfalls allen Grund nervös zu sein: sie kommen zusammen auf weniger als ein Drittel der Wählerstimmen.

Die Kompetenzwerte der SPD im Feld Soziale Gerechtigkeit liegen auf historisch niedrigen 27% (infratest/dimap, ARD). Dass Scholz und die SPD den im Wahlkampf gesetzten Vorstoß der Linken für einen Mindestlohn von 15€ kurzerhand übernahmen und zur Position des Kanzlers machten, dürfte bereits ein Fingerzeig in Richtung Bundestagswahlkampf sein.

Die Grünen investieren doppelt so viel Geld wie im letzten Europawahlkampf⁴ und fahren mit 11,9% (-8,6%) dennoch ein Ergebnis ein, das ihr Rekordergebnis von 2019 (20,5%) nahezu halbiert. Die Zustimmung der Grünen bricht insbesondere bei jüngeren Wähler:innen ein (16-24 Jahre: -23%, infratest dimap / ARD). Den größten Teil ihrer Wähler:innen verloren die Grünen an die Union (-560.000) und die Nichtwähler (-520.000), an Die Linke (-30.000) verlor die Partei weniger als an die AfD (-50.000). Die Kompetenzwerte der Grünen bei „Klima- und Umweltpolitik“ brechen ein (-23% auf 33%, infratest dimap / ARD), das Thema ist mit 52% aber immer noch der wichtigste wahlentscheidende Grund für Grün-Wählende (danach Friedenssicherung 27% (+17%), infratest dimap / ARD).

DIE LINKE erlebt einen desaströsen Wahlabend. Sie verliert etwa die Hälfte ihres Stimmenanteils (-2,8%) und landet bei 2,7%. Auch in Ostdeutschland landet die Partei in vier Bundesländern unter 5% (Mecklenburg-Vorpommern 4,9%, Sachsen 4,9%, Sachsen-Anhalt 4,8% und Brandenburg 4,4%). Es ist zwar so, dass die Partei traditionell eine geringere Mobilisierungsfähigkeit bei Europawahlen hat und die fehlende Sperrklausel zudem dazu führt, dass die Stimmen aus dem links-

³ Siehe hierzu auch diese ausführliche Sendung „Hintergrund“ im Deutschlandfunk, online: <https://gleft.de/5De>

⁴ vgl. FAZ vom 8.6.2024, S. 2

progressiven Wählerspektrum sich stärker auffächern und auf Kleinstparteien verteilen, dennoch ist das Ergebnis für die Partei eine herbe Niederlage, die nachwirken wird, und bitter: eine für sich genommen solide personelle Aufstellung (der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Linksfraktion im EP Martin Schirdewan, die Seenotretterin und Öko-Aktivistin Carola Rackete, die selbst aus dem ländlichen Raum kommt, eine Gewerkschafterin mit Migrationshintergrund und mit Gerhard Trabert der Mainzer „Arzt für die Armen“, der bereits für Die Linke als Bundespräsidentenskandidat kandidierte und hier über die Partei hinaus Unterstützung erhielt) und ein in der Gesamtschau solider Wahlkampf mit Fokus auf dem linken Kernthema „Soziale Gerechtigkeit“, ein Programm, das im Wahlcheck von NGOs wie dem WWF⁵ oder Oxfam⁶ am besten abschnitt, prominente Unterstützung im Wahlkampf, etwa von IG-Metall-Chefin Christiane Brenner, die zwei Wochen vor der Wahl öffentlich erklärt, dass sie der Partei „die Damen drückt“⁷, Didier Eribon als Autor des die „Milieu-Debatten“ in der gesellschaftlichen Linke mitprägenden Buches „Rückkehr nach Reims“, von den Musikern Konstantin Wecker und Sookee, dem Theaterregisseur Volker Lösch oder von Seawatch-Mitgründer Ruben Neugebauer, dazu eine Parteivorsitzende, die eine Woche vor der Wahl ihre finanziellen Einkünfte transparent macht und im Jahr 2022 39.765€ ihres Einkommen spendete, so dass ihr mit 27.000€ etwa ein Durchschnittseinkommen (26.271€) bleibt – das alles ist irgendwie solide, aber es hat am Ende dennoch kaum Menschen zur Wahl der Linken gebracht. Eine mögliche Erklärung: Gewählt wird eine Partei vorwiegend wegen dem öffentlichen *Image* einer Partei, und das liegt – wie sich den Umfragen entnehmen lässt – am Boden und damit auch Die Linke. Die Frage ist, ob sie nach den Landtagswahlen im Osten, wo es erwartbar schlechte Ergebnisse geben wird, wieder aufstehen kann und bis zur Bundestagswahl 2025 das negative Image abschütteln und das Blatt noch wenden kann – und was dazu notwendig ist. Einige Parameter sind jedenfalls erfüllt: zu aller erst ist die Situation überwunden, dass die öffentlich vernehmbaren Stimmen aus der Partei permanent *mixed messages* senden, so dass am Ende völlig unklar ist, wofür Die Linke steht. Mit dem Programm, das sich mit dem Kapital und den Superreichen ernsthaft anlegen will um die Krisen unserer Zeit im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation zu meistern, besteht weiterhin ein Alleinstellungsmerkmal im politischen Betrieb. Dem Vernehmen nach gibt es auch eine neue Einigkeit zwischen Partei- und Fraktionsführung, ein neues Corporate Design wurde entwickelt und im Ergebnis einer Eintrittswelle beleben Tausende neue Mitglieder die Parteistrukturen. Da sich ein Image aber im Langzeitgedächtnis bei Wähler:innen ablagert, werden diese Faktoren Zeit brauchen, bis sie wirken können. Und selbstverständlich gibt es auch Parameter, die dagegen sprechen, dass der Linken die Wende gelingt: Um in die Breite zu wirken, geht es im politischen Betrieb letztendlich auch um „Medienmacht“, die Partei wird aber kaum noch in Talkshows im

⁵ vgl. <https://gleft.de/5Di>

⁶ vgl. <https://gleft.de/5Dh>

⁷ Europa-Konvent, ab 2:12:12, online: <https://gleft.de/5D5>

Abendfernsehen eingeladen, sie hat kaum prominente Führungspersönlichkeiten, die hinreichend bekannt sind, so dass Wähler:innen zu ihnen eine Bindung aufbauen. Mit dem Verlust des Fraktionsstatus' im Bundestag sind wichtige Ressourcen verloren gegangen, ebenso mit den geringeren Wahlergebnissen bei den letzten Landtagswahlen. Außerdem gibt es mit dem BSW einen Akteur, der zwar nicht schwerpunktmäßig, aber eben doch auch um Linke-Stimmen konkurriert. Nichtsdestotrotz bleibt es dabei, dass Die Linke ein an sich komfortables Wählerpotential von 15%⁸ hat – die Partei hat nun bis zur nächsten Bundestagswahl 15 Monate, um dieses Potential besser auszuschöpfen. Ob es dazu inhaltlicher, organisatorischer oder personeller Korrekturen Bedarf, wird die Partei nun für sich klären müssen.

Die FDP ist leicht besser als in den Umfragen und bleibt stabil bei 5,2% (-0,2%). Im Zentrum des Wahlkampfes stand Agnes Strack-Zimmermann, die sich seit 2022 als aufrüstungspolitische Scharfmacherin profiliert hat. Entsprechend war die Kampagne mit der umfassenden Militarisierung der Gesellschaft aufgeladen („Bildung ist die erste Verteidigungslinie“). Auf den letzten Metern des Wahlkampfes versuchte Finanzminister Lindner seine Kernklientel mit dem Vorstoß für Steuersenkungen bei der Einkommenssteuer auch für die oberen Einkommensklassen als „Gebot der Fairness“ zu mobilisieren – auch wenn durch solche Steuersenkungen zusätzlich Mindereinnahmen entstünden, die den Druck für erhebliche Haushaltskürzungen und damit den Konfliktstoff innerhalb der Ampel-Regierung noch weiter erhöhen. Das Ergebnis könnte theoretisch etwas Druck aus der Ampel nehmen, weil die FDP etwas „beruhigter“ zurück ins Tagesgeschäft gehen kann. Andererseits kann sich Lindner bestätigt fühlen, dass der mitunter „krawallige“ Kurs der FDP zu der notwendigen Sichtbarkeit führt, die man braucht um über 5% zu landen.

Die AfD legt einen Katastrophenwahlkampf hin und läuft dennoch mit 15,9% ein, gegenüber der Europawahl 2019 sind das +4,9%. Im Vergleich zu den Umfragewerten, die sie noch im Februar 2024 hatte (22%), verliert sie jedoch -6,1%. Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei ihr bisher bestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl einfährt. In den östlichen Bundesländern wird die AfD überall stärkste Kraft. Die vergleichsweise geringen Verluste sind bemerkenswert. Neben dem eigenen Unvermögen und der unprofessionellen personellen Aufstellung mit einem desolaten Spitzenkandidaten mit Sympathien für Mitglieder der SS wird die Partei gleich von mindestens sechs Seiten unter Druck gesetzt: erstens aus der Zivilgesellschaft mit den Massendemonstrationen ab Mitte Januar im Nachgang zum Potsdamer „Remigrations“-Treffen, zweitens – möglicherweise auch als Ergebnis dieser Massendemonstrationen – positioniert sich mittlerweile neben den

⁸ Stand 11/2023, vgl. Candeias „Kaum Überschneidungen zwischen Wähler*innenpotenzial“, online: <https://gleft.de/5Dq>

Gewerkschaften auch die katholische Kirche klar gegen die AfD⁹, drittens positioniert sich mittlerweile ein Großteil des Kapitals offen gegen die AfD aus Sorge um das eigene Geschäftsmodell bzw. den Standort Deutschland (in einer Studie positionierten sich 77% gegen die AfD, mehr als die Hälfte (53%) gab an, betriebsinterne Positionierungen gegen die AfD vorgenommen zu haben, knapp die Hälfte (47%) gab an, sich auch öffentlich gegen die AfD zu positionieren)¹⁰, viertens aus den Staatsapparaten mit den juristischen Prozessen gegen Höcke sowie die Umsturz-Truppe um Prinz unter Beteiligung von damaligen AfD-Bundestagsabgeordneten und durch die nachrichtendienstlichen Enthüllungen rund um die Spionagevorwürfe gegen das Team des Spitzenkandidaten, fünftens durch die europäischen Konservativen unter Führung der CDU-Frau von der Leyen mit der neuen Linie der ermöglichten Einbindung gegenüber Meloni und Le Pen, die dazu führte das die AfD aus der Fraktion der Rechtspopulisten und Postfaschisten flog und international relativ isoliert dasteht, viertens und fünftens gibt es mit dem „Bündnis Sahra Wagenknecht“ ein neues Wahlangebot, das explizit antritt, um der Partei Wähler:innen abzunehmen. In der Summe ergibt das zunächst einen Scherbenhaufen für die AfD mit Blick auf die Anschlussfähigkeit oder gar Hegemoniefähigkeit der Partei. Dass die Partei dennoch im Osten der Republik stärkste Partei ist, ist auch ein Gradmesser dafür, dass die Bindungskraft von gesellschaftlichen Großorganisationen wie Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden abgenommen hat.

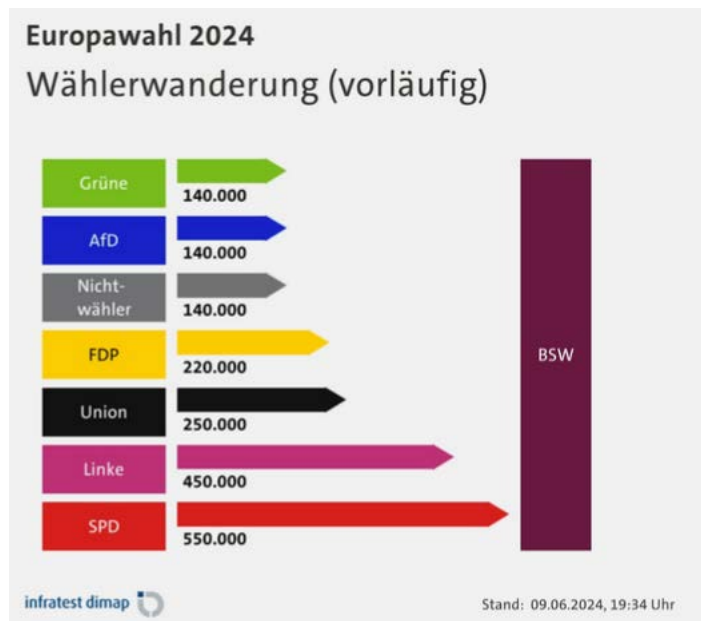
Überdies gelingt es der AfD weiterhin, den politischen Diskurs in einer Weise zu prägen, dass die Grenzen fortlaufend sowohl des Sagbaren als auch für realpolitische Instrumente verschoben werden.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erreicht aus dem Stand 6,2%, mischt als neuer politischer Akteur die Parteienlandschaft auf und zieht mit 6 Abgeordneten (darunter eine Frau) ins Europaparlament ein. Im Zentrum des Wahlkampfes stand voll und ganz die Strahlkraft der Frontfigur Sahra Wagenknecht (86% der BSW-Wählenden erklären, sie würden das BSW ohne Sahra Wagenknecht nicht wählen, infratest dimap/ARD) – angereichert um Versatzstücke des etwas wilden Mix aus industriepolitischer Sorge um den Standort Deutschland („Aufbruch oder Abstieg?“), friedenspolitischer Pose („Krieg oder Frieden?“), dem konservativen Freiheitskampf („Maulkorb oder Meinung“) und Mobilmachung gegen die Ampel („Ampel oder Überholspur?“) und etwas sozialer Gerechtigkeit. Grundsätzlich geht die neue Partei mit Rückendwind in die anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland (Thüringen, Brandenburg, Sachsen). Es bleibt abzuwarten, ob sich hier ein langfristig stabiler Akteur bildet und ob es die von Wagenknecht reklamierte „Repräsentationslücke“ in der deutschen Parteienlandschaft tatsächlich inhaltlich gibt. Die Partei ist explizit angetreten um die AfD zu schwächen, ein Blick auf ihre Wählerwanderung zeigt, dass

⁹ Siehe die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz von Ende Februar: <https://gleft.de/5Df>

¹⁰ IW-Kurzbericht 29/2024, „AfD: Unternehmen sehen hohes Risiko – Alternative fällt durch“, online: <https://gleft.de/5Dc>

sie bisher eher Wähler:innen aus dem linken Wählerspektrum erreicht. Es besteht die Gefahr, mit der Strategie am Ende rechte Diskurse gestärkt werden, ohne die AfD elektoral zu schwächen.



Quelle: infratest dimap, tagesschau.de: <https://gleft.de/5Dw>

Dem Vernehmen nach wird das BSW im Europaparlament gemeinsam mit der italienischen 5-Sterne-Bewegung eine neue Fraktion gründen. Die 2009 vom Kabarettisten Beppe Grillo gegründete, populistische Bewegung beansprucht ebenfalls „nicht links und nicht rechts“ zu sein¹¹ und wurde bei den Wahlen im März 2018 mit 32,3% stärkste Kraft, ihr Stern sank aber, nachdem sie 2018 eine Regierungskoalition mit der faschistischen Lega bildete, die bereits ein Jahr später wieder zerbrach.

Näheres zum BSW siehe den Abschnitt ab S. 13 und vor allem die vertiefte Analyse von Mario Candeias und Carsten Braband¹².

¹¹ Beppe Caccia schrieb nach dem Wahlsieg der 5-Sterne 2018: „Mit ihrem Diskurs des „weder rechts noch links“ bleibt die Programmatik der Partei weiterhin doppelbödig: immer wieder macht sie sich Anti-Einwanderungs-Positionen zu Eigen und sprach sich etwa für die Blockade der Einreise von Migrant*innen aus, wie sie die PD-Regierungen verfolgte. Auch ihre Vorstellung einer „Rückkehr“ zu einem „ehrlichen und leistungsorientierten“ Kapitalismus zeigt ihre Nähe zu neoliberalen Positionen in der sozialen Frage. Dennoch gelingt es ihr, verbreitete Forderungen nach grundlegender Veränderung aufzunehmen und einen beachtlichen Teil der linken Wähler*innen anzuziehen. Damit stehen auch soziale Erwartungen an die *Fünf Sterne* im Raum.“

¹² Candeias/Braband, „Nach der Trennung. Eine Anti-Establishment-Partei? Zur Verortung des «Bündnis Sahara Wagenknecht» im Parteiensystem“, 2024, online: <https://gleft.de/5Dj>

Die Sonstigen Kleinstparteien erhalten wie erwartet relativ viele Stimmen. Dabei fällt insbesondere das Ergebnis von **Volt** mit erstaunlich starken 2,6% (+1,9%) auf. Insgesamt muss es der Anspruch für eine moderne Linkspartei sein, einen Großteil der eher diffus verteilten Stimmen im progressiven Wählerspektrum an sich zu binden. Das Erstarren von Tierschutz, PARTEI, Piraten oder auch Volt in den letzten Jahren ist spiegelbildlich als Ausdruck der Unattraktivität und Schwäche der Linken zu lesen.

Relatives Stimmenergebnis bei der Europawahl 2024, nach Bundesländern												
	CDU	CSU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	BSW	AfD	Volt	DIE PARTEI	FW	
Baden-Württemberg	32,0%	0,0%	11,6%	13,8%	6,8%	1,9%	4,5%	14,7%	2,5%	1,7%	3,8%	
Bayern	0,0%	39,7%	8,9%	11,8%	3,9%	1,4%	3,8%	12,6%	2,4%	1,6%	6,8%	
Berlin	17,6%	0,0%	13,2%	19,6%	4,3%	7,3%	8,7%	11,6%	4,8%	3,4%	0,5%	
Brandenburg	18,4%	0,0%	13,1%	6,0%	3,2%	4,4%	13,8%	27,5%	1,6%	0,4%	2,1%	
Bremen	19,8%	0,0%	21,5%	16,2%	5,3%	5,8%	5,6%	10,2%	4,7%	2,2%	0,5%	
Hamburg	18,4%	0,0%	18,7%	21,2%	7,0%	5,1%	4,9%	8,0%	6,0%	2,5%	0,5%	
Hessen	30,0%	0,0%	16,4%	12,9%	6,3%	2,5%	4,4%	13,6%	3,3%	1,8%	2,0%	
Mecklenburg-Vorpommern	21,5%	0,0%	10,3%	4,8%	2,6%	4,9%	16,4%	28,3%	1,3%	1,8%	1,0%	
Niedersachsen	31,4%	0,0%	19,5%	12,2%	5,3%	2,1%	4,5%	13,2%	2,2%	1,9%	1,2%	
Nordrhein-Westfalen	31,2%	0,0%	17,2%	13,5%	6,3%	2,1%	4,4%	12,6%	2,8%	2,0%	0,7%	
Rheinland-Pfalz	30,7%	0,0%	17,5%	9,3%	5,9%	1,7%	4,7%	14,7%	2,2%	1,7%	5,2%	
Saarland	29,3%	0,0%	20,5%	6,6%	4,7%	2,0%	7,9%	15,7%	1,7%	2,3%	1,6%	
Sachsen	21,8%	0,0%	6,9%	5,9%	2,4%	4,9%	12,6%	31,8%	1,8%	2,4%	2,4%	
Sachsen-Anhalt	22,8%	0,0%	8,7%	3,9%	2,5%	4,8%	15,0%	30,5%	1,3%	1,9%	1,5%	
Schleswig-Holstein	30,2%	0,0%	16,7%	15,4%	6,3%	2,3%	4,1%	12,2%	2,5%	2,1%	1,2%	
Thüringen	23,2%	0,0%	8,2%	4,2%	2,0%	5,7%	15,0%	30,7%	1,3%	2,0%	1,8%	
Deutschland	23,7%	6,3%	13,9%	11,9%	5,2%	2,7%	6,2%	15,9%	2,6%	1,9%	2,7%	

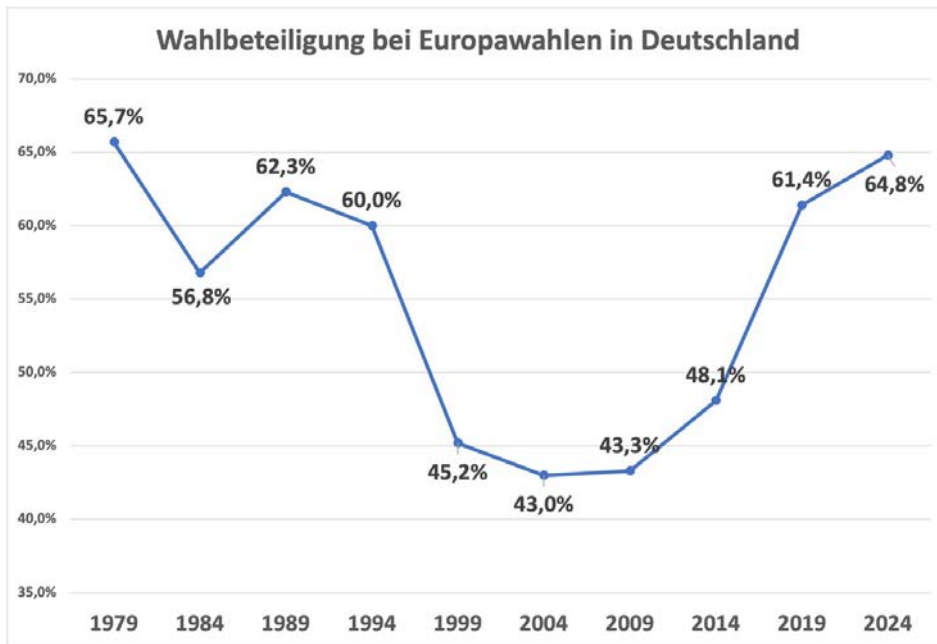
Quelle: eigene Grafik, Daten: Bundeswahlleiter

Absolutes Stimmenergebnis bei der Europawahl 2024, nach Bundesländern												
	CDU	CSU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	BSW	AfD	Volt	DIE PARTEI	FW	
Baden-Württemberg	1.644.519	0	596.515	709.457	349.741	98.161	230.701	757.459	128.083	86.864	196.553	
Bayern	0	2.513.300	562.202	748.608	248.860	86.210	239.284	799.006	154.558	100.959	432.399	
Berlin	271.692	0	204.555	302.204	67.094	112.818	134.057	179.298	74.262	51.781	7.896	
Brandenburg	253.614	0	181.469	82.583	44.717	61.469	191.005	380.427	22.082	31.805	29.281	
Bremen	51.817	0	56.332	42.499	13.782	15.191	14.667	26.785	12.241	5.890	1.208	
Hamburg	158.535	0	161.254	182.116	60.282	44.289	42.366	68.961	51.210	21.694	4.092	
Hessen	834.661	0	455.637	358.679	176.035	70.305	123.505	378.889	90.925	51.515	56.313	
Mecklenburg-Vorpommern	183.770	0	87.973	41.000	22.348	41.570	139.788	241.828	11.455	15.110	8.136	
Niedersachsen	1.239.841	0	770.237	480.893	210.970	84.491	176.127	522.920	87.645	73.469	47.902	
Nordrhein-Westfalen	2.598.159	0	1.433.205	1.120.761	527.538	177.106	367.040	1.049.485	233.562	166.359	57.439	
Rheinland-Pfalz	622.841	0	354.902	188.037	119.787	35.436	95.552	297.636	43.980	34.362	104.995	
Saarland	147.403	0	103.099	33.058	23.517	10.078	39.718	78.945	8.426	11.454	7.942	
Sachsen	487.909	0	153.838	131.839	54.105	108.940	280.669	709.948	39.592	52.770	54.048	
Sachsen-Anhalt	247.653	0	94.661	42.870	26.837	52.060	162.619	331.953	14.251	20.158	16.747	
Schleswig-Holstein	447.836	0	247.348	228.598	93.732	33.617	60.328	180.443	37.640	307.763	18.252	
Thüringen	241.317	0	85.301	43.711	21.112	59.527	156.226	320.025	13.249	20.439	18.929	
Deutschland	9.431.567	2.513.300	5.548.528	4.736.913	2.060.457	1.091.268	2.453.652	6.324.008	1.023.161	1.052.392	1.062.132	

Quelle: eigene Grafik, Daten: Bundeswahlleiter

Ausgangslage und Kontext der Wahl

Wahlbeteiligung Das Interesse an den Europawahlen war seit den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament durch die EU-Bürgerinnen im Jahr 1979 bis 2019 rückläufig. So sank die Wahlbeteiligung von 65,7% im Jahr 1979 bis auf 43% in den Nuller Jahren. 2019 gelang eine starke Wählermobilisierung insbesondere von jüngeren Wähler:innen der damals frisch entstandenen „Fridays For Future“-Bewegung, außerdem konnte die AfD teilweise Nicht-Wähler:innen mobilisieren.



Quelle: Europäische Union, online: <https://gleft.de/5Dd>

Dynamik linker Parteienprojekte flaut ab

Die europäische Linke konnte bei den Europawahlen 2014 auch im Lichte der Euro- und Finanzkrise von 4,6% (2009) auf 6,9% zulegen und damit die europäische Linksfraktion GUE-NGL (European United Left / Nordic Green Left) von 35 auf 52 Sitze vergrößern. Bei den Wahlen 2019 legten die Grünen stark zu, die europäische Linke erreichte 5,2% und europäische Linksfraktion GUE-NGL verlor 11 Sitze auf 41. Die Parteienlandschaft der europäischen Linksparteien ist weiterhin stark im Wandel, die zwischenzeitlich prägende Dynamik der Euro- und Finanzkrise, die Akteure wie Podemos und Syriza hervorbrachte bzw. in den Vordergrund spielte, ist mittlerweile abgeflaut. Podemos, bei den nationalen Parlamentswahlen 2015 bei 20,7%, läuft bei dieser Europawahl 2024 bei 3,3% ein, Syriza wurde mittlerweile von einem neoliberal-sozialdemokratischen Investmentbanker gekapert, und auch in anderen Ländern tun sich linke Parteienprojekte schwer. Die KPÖ konnte mit ihren lokalen Wahlerfolgen in Graz (28,8%) und Salzburg (11,7%) für Furore sorgen, landet aber bei der

landesweiten Europawahl bei 2,9%. Während Portugals Bloco de Esquerda bei den nationalen Parlament 2015 noch 10,2% (19 Mandate) erreichte, wurden 2022 und 2024 nur noch 4,4% (5 Mandate) erreicht. Die belgische PTB erreicht 6%.

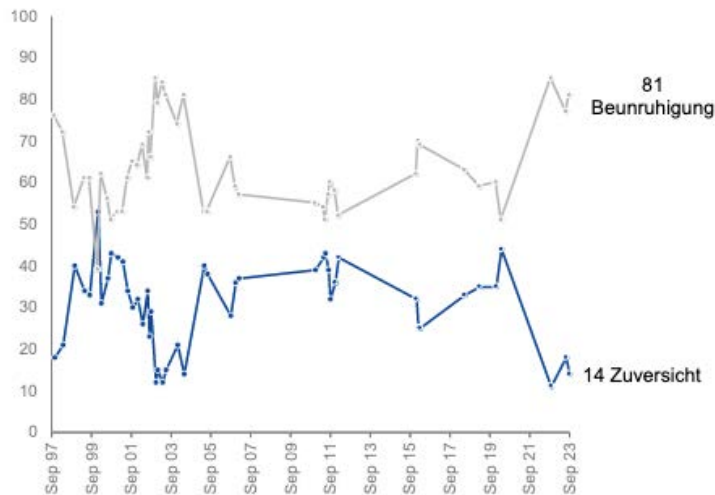
Die politische „Großwetterlage“ in Deutschland im Juni 2024: Wir sind weiterhin in einer Situation, in der sich ökologische, ökonomische und politische Krisentendenzen überlagern und kreuzen. Sie artikulieren sich als Vielfachkrise – mit Auswirkungen auf die Stimmungslage in der Bevölkerung. Mit Stand Juni 2024 war jeder einzelne der letzten zwölf Monate global der wärmste, seit Beginn der Aufzeichnungen. Gleichzeitig versagen die bürgerlichen Eliten im Design einer ökologischen Modernisierungs- und Klimafolgenanpassungspolitik, die die Transformationskosten gerecht verteilt und individuelle und kollektive Lebensperspektiven bietet, die als annehmbar und fair empfunden werden.

Es ist fraglich, ob die hiesige Autoindustrie als einer zentralen Säule der deutschen Wirtschaft langfristig ihren Rückstand in der E-Mobilität gegenüber ihren internationalen Konkurrenten aufholen kann. Die derzeit von rechts diskutierte, mögliche Rücknahme vom Verbrenner-Aus auf EU-Ebene kann den Eintritt der Folgen ggf. verzögern, aber die Entwicklung nicht umkehren. Die Inflation, teils auf den energiebedingten Preisschock zurückzuführen, teils aber auch auf höhere Gewinne von Unternehmen, die die Gunst der Stunde geschickt für eine „Gewinnflation“¹³ nutzen, führten zu massiven Reallohnseinbußen (2022: -4,0%, 2023: +0,1%)¹⁴. Während die Zahl des preisgebundenen Wohnraums weiterhin jedes Jahr sinkt, liegt die Baubranche u.a. wegen der Zinspolitik am Boden – der preiswerte Wohnraum der gebaut werden müsste, wird schlicht nicht gebaut.

Diese Gemengelage spiegelt sich in einer von Unsicherheit geprägten Stimmungslage in der Bevölkerung wider. Im Deutschland-Trend vom September 2023 gaben 81% an, dass die Verhältnisse in Deutschland eher Anlass zur Beunruhigung geben – die Werte erinnern an den Anfang der 2000er Jahre mit enorm hoher Arbeitslosigkeit, die damals mit den Hartz-Reformen und verschiedenen Rentenreformen mit einem Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme beantwortet wurde.

¹³ „Gewinnflation‘ in vier Wirtschaftsbereichen treibt Teuerung in Deutschland erheblich“, online: <https://gleft.de/5n6>

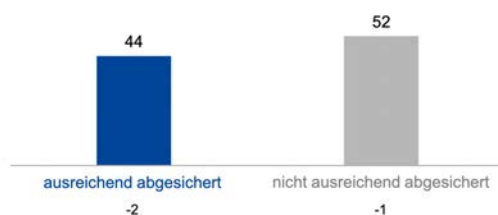
¹⁴ vgl. Destatis, online: <https://gleft.de/5aU>



Quelle: infratest dimap / ARD, DeutschlandTrend vom 29.09.23, online: <https://gleft.de/5nO>, Antwort auf die Frage: „Finden Sie, dass die Verhältnisse derzeit in Deutschland eher Anlass zur Zuversicht oder eher Anlass zur Beunruhigung geben?“

Mit Stand April 2024 gibt eine Mehrheit der Befragten an, sich für das Rentenalter nicht ausreichend abgesichert zu fühlen. In Bezug auf eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sind die Befragten sehr klar: mehr als zwei Drittel (69%) finden, das ginge in eine falsche Richtung.

ARD-DeutschlandTREND April 2024
[Absicherung im Rentenalter](#)



Quelle: infratest dimap / ARD, DeutschlandTrend vom 04.04.24, online: <https://gleft.de/5Ca>, Antwort auf die Frage: „Fühlen Sie sich ausreichend abgesichert für Ihr Rentenalter?“

Neben der Klima- und Wirtschaftskrise erleben wir zudem eine Krise der Demokratie. Die letzte Mitte-Studie kommt zum Ergebnis, dass mittlerweile 8,3% der deutschen Bevölkerung klar rechtsextreme Einstellungen aufweisen (in den Vorjahren lag dieser Wert bei 2-3%), 6,6% befürworten eine Diktatur mit einer einzigen Partei und einem starken Führer.¹⁵

¹⁵ „Die distanzierte Mitte.Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23“, Friedrich-Ebert-Stiftung, online: <https://gleft.de/5nP>

In diese insgesamt gesellschaftlich volatile Situation hinein wird die Ampel-Bundesregierung die Situation weiter verschärfen, wenn sie im Herbst die angekündigte Sparpolitik durchzieht und auf massive Kürzungen in nahezu allen Geschäftsbereichen setzt. Mit seinen Plänen für Steuersenkungen auch für Gutverdienende gießt der Finanzminister hier noch Öl ins Feuer.

Die gesellschaftliche Debatte driftet derweil nach rechts, so finden es 79% der Befragten (Deutschlandtrend vom 4.4.24) richtig, das Bürgergeld zu kürzen, wenn Arbeitsangebote abgelehnt werden. Lediglich 10% finden, das Bürgergeld sollte angehoben werden, während 74% die Verteidigungsausgaben erhöhen wollen (Deutschlandtrend vom 7.3.2024). Die gesellschaftliche wie parteiförmige Linke befindet sich in der Defensive, wenn auch die Demonstrationswelle gegen die AfD zu Anfang des Jahres ein kurzer Lichtblick waren. Große Bündnisse der gesellschaftlichen Linken wie „unteilbar“ haben sich aufgelöst, es sind keine größeren, verbindenden Projekte in Sicht.

Der Wahlomat spiegelt auf seine Weise die Debattenlage im Land wieder: Von 38 Fragen sind 10 zum Themenkomplex Klima/Ökologie, 8 zu außenpolitischen Themen, 4 zu Migration, aber nur 2 zu sozialpolitischen Fragestellungen.¹⁶

Das Bündnis Sahra Wagenknecht als neuer Akteur

Zur Entstehungsgeschichte des BSW: Wagenknecht hat seit 2017 bewusst den Aufbau eigener Strukturen vorangetrieben. So nutzte sie ihre Spitzenkandidatur bei der Bundestagswahl 2017 um zigtausende Kontakte für das „Team Sahra“ einzusammeln, womit nicht Die Linke gemeint war, sondern eine eigenständige Organisation, deren Öffentlichkeit auch nach dem Bundestagswahlkampf per Emailnewsletter bespielt wurde. 2018 startete sie dann mit Aufstehen einen größeren (über 300.000 Unterstützer wurden mit Emailadresse registriert) und öffentlich sichtbarer Versuch einen neuen politischen Akteur neben der Linken aufzubauen, wobei sie selbst zu Protokoll gibt, dass sie aus dem Scheitern wichtige Learnings gezogen hat. Im Herbst 2023 wurde dann offiziell der Bruch mit der Linken vollzogen und mit dem BSW offiziell das dritte eigenständige Projekt gegründet, dieses Mal als eigene Partei. Diskursiv wurde dieses eigenständige Projekt seit 2017 verfolgt und medial gegen Die Linke stark gemacht, in nahezu allen dominanten gesellschaftlichen Debatten der letzten Jahre positionierten sich Wagenknecht und ihre Gefolgsleute anders als Die Linke (Migration, Klimaschutz, Corona-Politik, Ukraine-Krieg). Dabei hat sie ihre Medienmacht seit 2017 ausgebaut und gefestigt, weil sie in der Rolle des *enfant terrible* der Linken, die als vermeintlich Linke als Kronzeugin gegen Die Linke in Talkshows auftrat. Ihr rhetorisches Geschick spielte sie zudem

¹⁶ vgl. <https://www.wahl-o-mat.de>

zunehmend über eigene social media Kanäle aus. Und sie wendete sich zunehmend eskalativ gegen die eigene Partei: Im Frühling 2021, pünktlich zum Start des Bundestagswahlkampfes, erschien ihr Buch „Die Selbstgerechten“, in dem sie heftige Angriffe gegen Führungspersonen der Linken setzte und u.a. gegen „skurrile Minderheiten“ polemisierte. Im Herbst 2023 antwortete sie vor einem Millionenpublikum in der Talkshow ‚Markus Lanz‘ auf die Frage, warum sie noch in der Linken sei: *„Weil ich finde, wenn man etwas kaputt macht, dann kann man das nur machen, wenn man weiß, dass man etwas neues aufbauen kann.“*¹⁷

Zur politischen Ausrichtung des BSW: Im Gründungsmanifest der neuen Partei werden Wirtschaftliche Vernunft¹⁸, Soziale Gerechtigkeit¹⁹, Frieden²⁰ und Freiheit²¹ – in dieser Reihenfolge – als Grundpfeiler der eigenen Politik beschrieben. Gregor Gysi als langjährige Führungsfigur der Linken beschreibt die ideologische Ausrichtung des Projekts von Wagenknecht so: „Sie will mischen: Sozialpolitik wie die Linke, Wirtschaftspolitik wie Ludwig Erhard und Flüchtlingspolitik wie die AfD.“²² Mit Blick auf das für viele Wähler:innen bei dieser EU-Wahl im Fokus stehende Thema ‚Migration‘ nimmt sich Wagenknecht die ultrarestriktive Asylpolitik Dänemarks („Modell Dänemark“²³) zum Vorbild, die dort von der dänischen Sozialdemokratie in einem lagerübergreifenden Parteienbündnis unter Einschluss der rechtsradikalen Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti) durchgesetzt wurde²⁴. Dazu erklärte sie im Herbst, dass Asylsuchende nicht nach Deutschland kommen würden, wenn sie hier keinen Anspruch mehr auf Leistungen hätten²⁵ – eine These, die mit Blick auf Dänemark als empirisch widerlegt gilt.

¹⁷ vgl. <https://gleft.de/5Dr>

¹⁸ *„Wir streben eine innovative Wirtschaft mit fairem Wettbewerb, gut bezahlten sicheren Arbeitsplätzen, einem hohen Anteil industrieller Wertschöpfung, einem gerechten Steuersystem und einem starken Mittelstand an. [...] Die deutsche Industrie ist das Rückgrat unseres Wohlstands und muss erhalten bleiben. Wir brauchen wieder mehr Zukunftstechnologien made in Germany, mehr hidden champions und nicht weniger.“* BSW, „Unser Gründungsmanifest“, S.2

¹⁹ *„Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit.“* BSW, „Unser Gründungsmanifest“, S.3

²⁰ *„Wir streben eine neue Ära der Entspannung und neue Verträge über Abrüstung und gemeinsame Sicherheit an. Die Bundeswehr hat den Auftrag, unser Land zu verteidigen. Für diese Aufgabe muss sie angemessen ausgerüstet sein.“* BSW, „Unser Gründungsmanifest“, S.3

²¹ *„Cancel Culture, Konformitätsdruck und die zunehmende Verengung des Meinungsspektrums sind unvereinbar mit den Grundsätzen einer freien Gesellschaft. Das Gleiche gilt für den neuen politischen Autoritarismus, der sich anmaßt, Menschen zu erziehen und ihren Lebensstil oder ihre Sprache zu reglementieren.“* BSW, „Unser Gründungsmanifest“, S.4

²² Frankfurter Rundschau, 23.10.23, online: <https://gleft.de/5CM>

²³ Für eine ausführliche Analyse siehe diese Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Erfolgsmodell oder Fallgrube? Die dänische sozialdemokratische Partei und ihre Migrationspolitik“, Schwörer/Daniels 2024, online:

²⁴ vgl. ebd., S. 5

²⁵ *„Ein Land, wo man nicht Anspruch auf Leistungen hat, ist natürlich auch kein Zielland für Migration, weil dann geht man da nicht hin.“*, Wagenknecht in der Talk-Show Markus Lanz vom 23.09.2023, online: <https://gleft.de/5D0>, ab Minute 52:20

Wer sich gezielt und bewusst rechter Diskursmuster bedient und teils die entsprechenden Positionen übernimmt, um die AfD und zu schwächen, läuft immer Gefahr, damit unterm Strich rechte Diskurse zu stärken und die Positionen der AfD und damit letztendlich die Partei selbst zu normalisieren. Das BSW ist deskriptiv als populistisches Projekt zu charakterisieren, dessen ideologisches Firmament noch dünn ist und das bisher wesentlich durch die Frontfrau Wagenknecht zusammen gehalten wird. Eine linke Partei ist das BSW laut Wagenknecht explizit nicht.²⁶ Es gibt weder bei Wahllisten noch für Gremien eine Geschlechterquotierung, von den 6 neuen MdEP sind fünf Männer und nur eine Frau.

Zur weiteren Entwicklung des BSW: Eine gewisse ideologische Stabilität ist einerseits dadurch gegeben, dass das Projekt seit 2017 kontinuierlich verfolgt und der „sozialkonservative“ Ansatz auch wissenschaftlich und publizistisch seit langem ausgearbeitet ist, andererseits ist die populäre Frontfigur kein Komiker oder Celebrity, der neu in die Politik geht, sondern eine medienerfahrene und extrem professionelle Politikerin, die „das Spiel“ beherrscht und über Jahre ein Netzwerk aus Gefolgsleuten aufbauen konnte. Ob es der neuen Partei gelingt, die organisatorischen Herausforderungen bis zur Bundestagswahl zu meistern, bleibt dennoch abzuwarten. Dass Wagenknecht den Laden bisher weitgehend geschlossen hält²⁷, ist erklärtermaßen eine Lehre aus ihrem vorangegangenen Versuch („Aufstehen“) einen neuen politischen Akteur zu formen. Dass bereits erste Landesvorstandsmitglieder unter Verweis auf „intransparente, autokratisch wirkende Entscheidungsfindungen“²⁸ von ihren Ämtern zurücktreten, verdeutlicht einerseits den demokratiepolitischen Preis des gewählten Parteimodells, in dem letztlich eine (sehr populäre) Führungsperson über die (macht-)politischen Weichenstellungen bestimmt und zeigt andererseits dass die geweckten Erwartungen eine „neuartige“ Partei zu sein auch schnell enttäuscht werden können. Mit den neu gewonnen Mandaten im Europaparlament muss sich BSW organisatorisch jedenfalls nicht mehr allein auf die von der Linken „geklauten“ Bundestagsmandate stützen, sondern erhält weitere Mandatsträger:innen und bezahlte Stellen. Finanziell scheint die Partei bisher gut aufgestellt, im Gegensatz zur Linken nimmt sie auch Spenden von Unternehmen an.

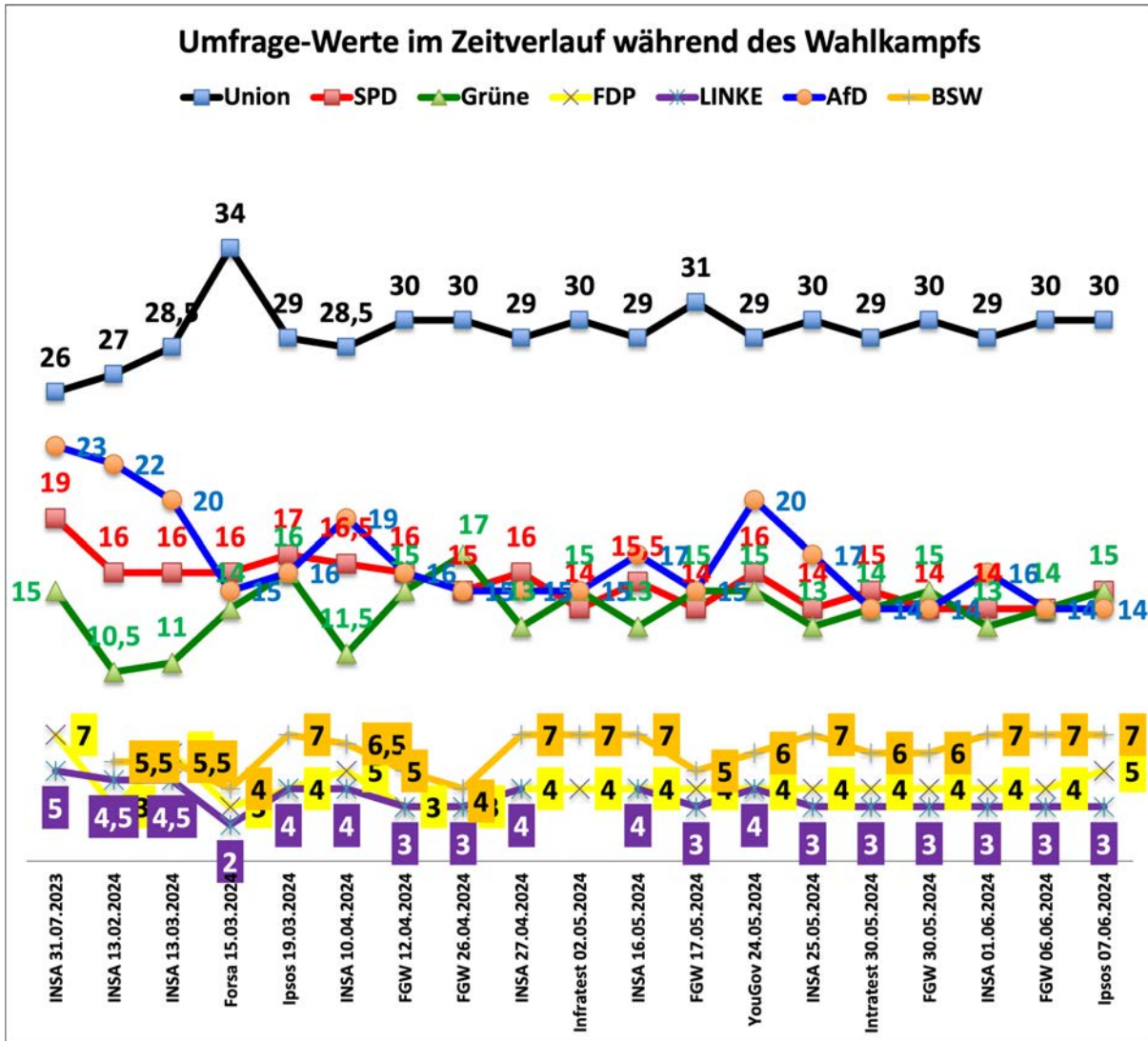
²⁶ vgl. <https://gleft.de/5D8>

²⁷ Das neue Projekt, BSW ist faktisch als *closed shop* angelegt, das heißt für Interessierte im Wesentlichen, dass sie als „Förderer“ Geld spenden dürfen oder als „Unterstützer“ auch Plakate hängen dürfen, aber nicht über den Kurs der Partei oder andere Sach- und Personalfragen mitentscheiden dürfen, weil sie keine Parteimitglieder sind. Dies wird offiziell als „strukturiertes Wachstum“ beschrieben, wobei unklar bleibt, ob dieses Modell der offiziell mit organisatorischen Schwierigkeiten bei der Bearbeitung von Mitgliederanträgen begründeten faktischen Mitgliederselektion ggf. auch ein neuer Parteientypus ins Auge gefasst wird, der u.U. in Konflikt mit grundgesetzlichen Vorgaben bzw. dem Parteiengesetz kommt.

²⁸ vgl. <https://gleft.de/5Dg>

Wahlkampf

Der Europawahlkampf in Deutschland wurde nicht durch europapolitische, sondern durch innenpolitische Stimmungslagen geprägt. Entsprechend geben 55%²⁹ der Befragten an, dass die Bundespolitik für sie wahlentscheidend war. Der Wahlkampf verlief insgesamt ohne größere Zuspitzungen oder Wendungen – mit Ausnahme für die AfD, die sich mit ihrer eigenen Aufstellung selbst ein Bein stellt³⁰ und zudem mit umfassendem gesellschaftlichen Gegenwind konfrontiert sieht.



Quelle: eigene Darstellung, Daten: wahlrecht.de, online: <https://gleft.de/5Da>

Betrachtet man die Umfragen im Zeitverlauf, wird ersichtlich, dass es entsprechend eines Wahlkampfes ohne besondere Zuspitzungen eher wenig Bewegung in den Umfragewerten gibt. Die AfD verliert im Laufe des Wahlkampfes jedoch erheblich an Zustimmung, von 22% (Mitte Februar) auf 14% in der letzten Umfrage 2 Tage vor der

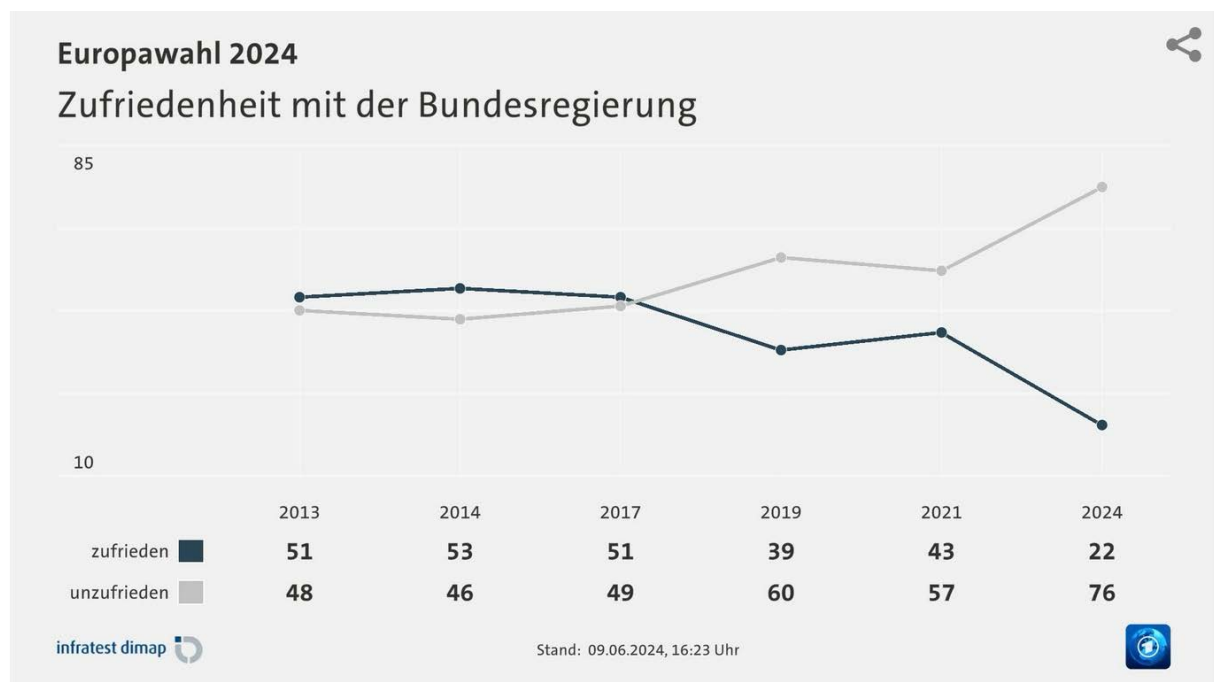
²⁹ infratest/dimap, Tagesschau.de: <https://gleft.de/5Dk>

³⁰ Dass eine im Bundestag vertretene Partei im Wahlkampf ihrem eigenen Spitzenkandidaten ein Auftrittsverbot erteilt, dürfte ein einmaliger Vorgang in der bundesdeutschen Politik bleiben.

Wahl. Die Linke lag im Sommer letzten Jahres noch bei 5%, blieb in allen Umfragen während des Wahlkampfes jedoch unter 5%.

Auf den letzten Metern des Wahlkampfes wirkten zwei breit rezipierte Ereignisse: das Hochwasser in Bayern, das die Notwendigkeit von Klimaschutz und Klimawandelanpassung mit Naturgewalt in Erinnerung rief, sowie der Mord eines Polizisten durch einen Islamisten. Ersteres dürfte den Grünen auf den letzten Metern zumindest noch ein wenig in die Hände gespielt haben, letzteres dürfte - wie auch schon bei den vergangenen Landtagswahlen, etwa bei den Silvester-Krawallen in Berlin – noch einmal mobilisierend für die Afd und die Union gewesen sein.

Über allem liegt jedoch – auch dies eine Parallele zu den letzten Landtagswahlen – der umfassende Frust über die Bundesregierung und die Unbeliebtheit über die Ampel-Koalition. Die Werte hierzu sind dramatisch. Mehr als drei Viertel der Deutschen (76%³¹) sind unzufrieden mit der Bundesregierung, etwa die Hälfte der Befragten (48%) stimmen der Aussage zu, dass die Bundesregierung bei der Europawahl einen „Denkzettel“ verdient hat (AfD-Wählende: 87%, BSW-Wählende: 71%).³²



Quelle: infratest dimap, Tagesschau.de: <https://gleft.de/5DI>

Das Thema Klima- und Umweltschutz war den Wählenden weniger wichtig als noch 2019, wichtigste Gründe für die Wahlentscheidung waren „Friedenssicherung“ und „Soziale Sicherheit“.

³¹ infratest dimap, Tagesschau.de: <https://gleft.de/5DI>

³² infratest/dimap, Tagesschau.de: <https://gleft.de/5Dk>



Quelle: infratest dimap / tagesschau.de: <https://gleft.de/5Dt>

Die **Wahlkampagne der Linken** versuchte unter dem Titel „Gerechtigkeit geht nur mit Links“ das Thema der Sozialen Gerechtigkeit zu fokussieren. Personenplakate gab es für das 4er-Spitzenteam, insgesamt setzte die Kampagne aber – wohl auch aus Ermangelung an wirklich prominenten Gesichtern, die einer breiten Wählerschaft bekannt sind – nicht auf Personalisierung. Über die Personenplakate bekam Die Linke immerhin Gesichter, auf den zugehörigen Slogans wurden die Themen Löhne, Mieten, ÖPNV, Frieden sowie Armut und Umverteilung fokussiert.



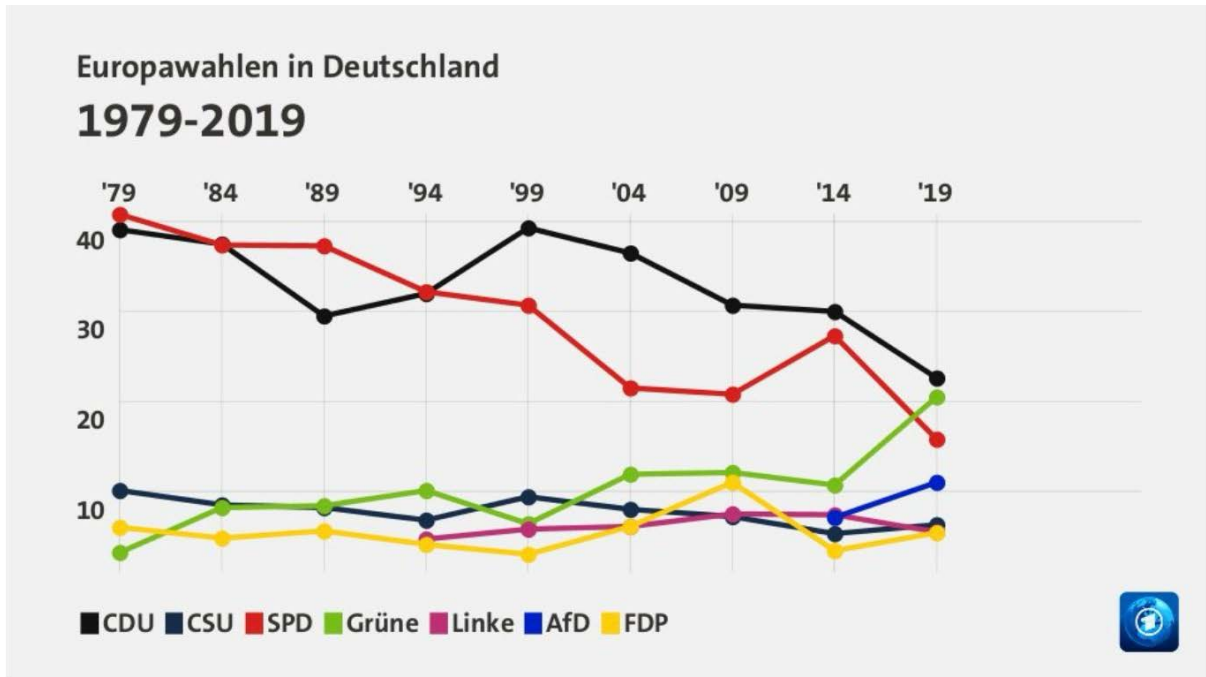
Die Themenplakate konkretisierten den zentralen Claim („Gerechtigkeit geht nur mit Links“) mit je unterschiedlichen thematischen Ausprägungen. Im Zentrum stand dabei die Inflation bzw. Preisdeckelung, eine Gesundheitspolitik ohne Profiteure, friedensorientierte Außenpolitik, menschenrechtsbasierte Asylpolitik, der antifaschistische Kampf gegen Rechts, sowie Klimaschutz.



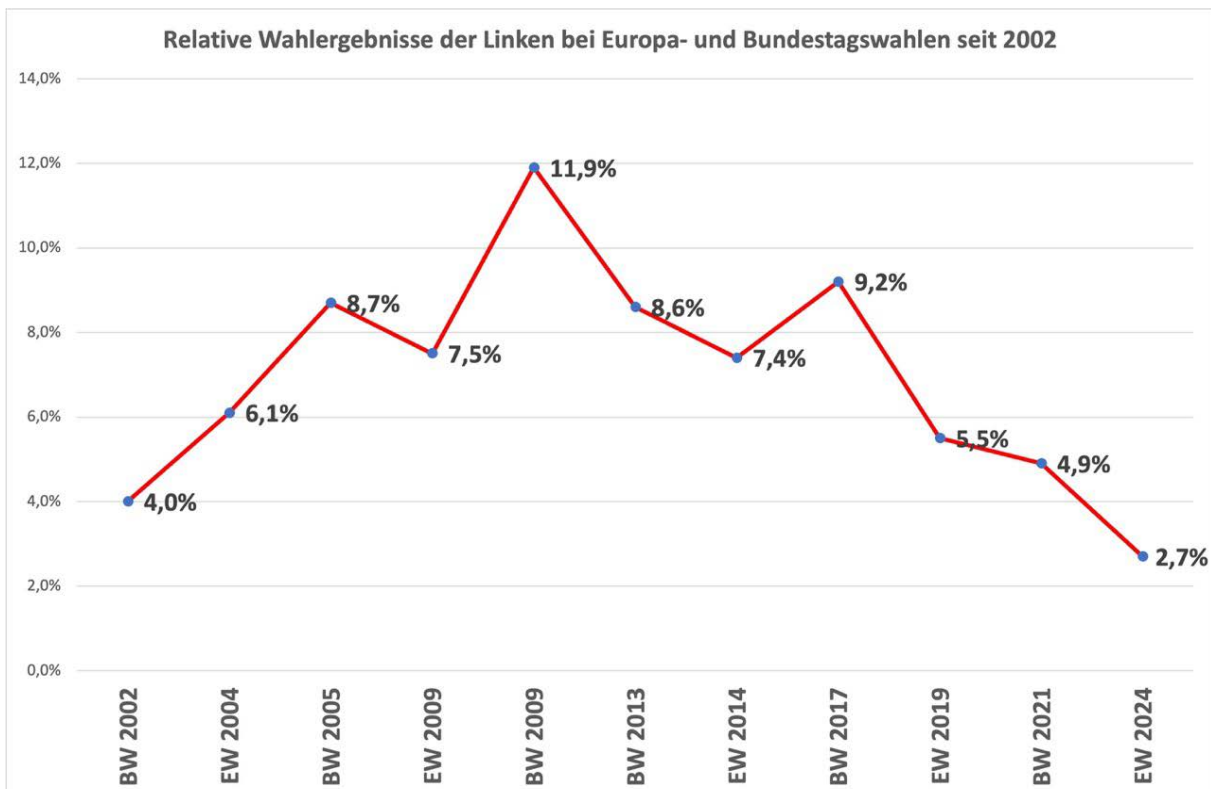
Quelle: Die Linke, online: <https://gleft.de/5Ds>

Einen besonderen Fokus legte die Partei auf das Thema Lebensmittelpreise und Preisdeckel. Hierzu gab es eine bundesweite Aktionswoche, zudem kam man mit dem nicht ganz ernst gemeinten Vorschlag einer „Dönerpreisbremse“ in vielen (teils sogar internationale) Medien die Gelegenheit, das Konzept der Lebensmittelpreisdeckel zu erläutern und für diese zu werben.

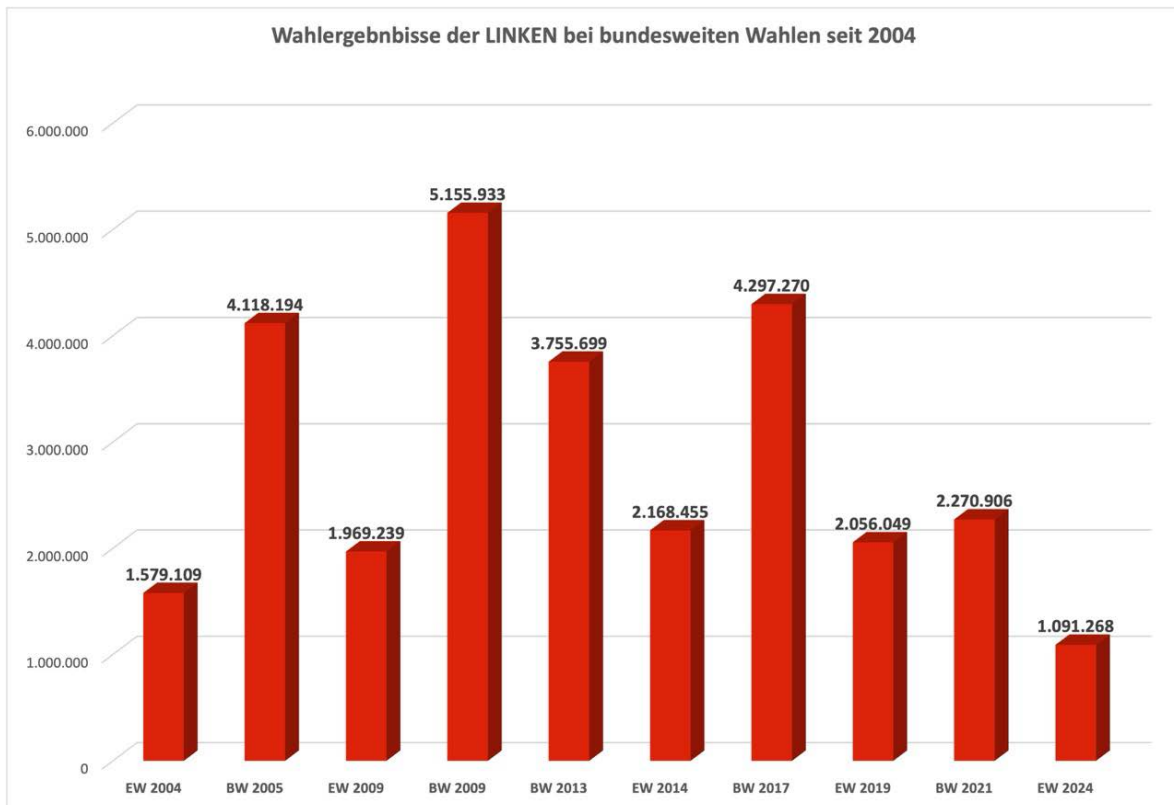
Lange Linien – frühere Wahlergebnisse der Linken bei Europa- und Bundestagswahlen



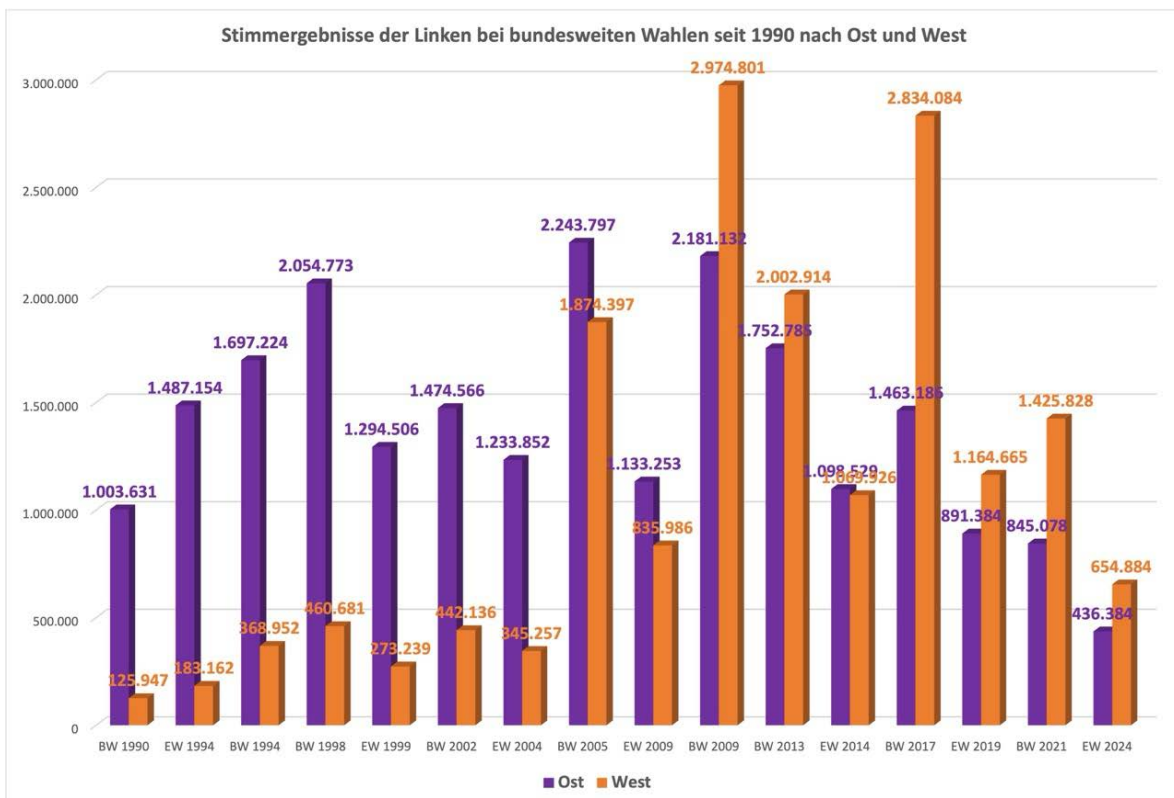
Quelle: infratest dimap / ARD, online: <https://gleft.de/5Dk>



Quelle: eigene Grafik, Daten: Bundeswahlleiter



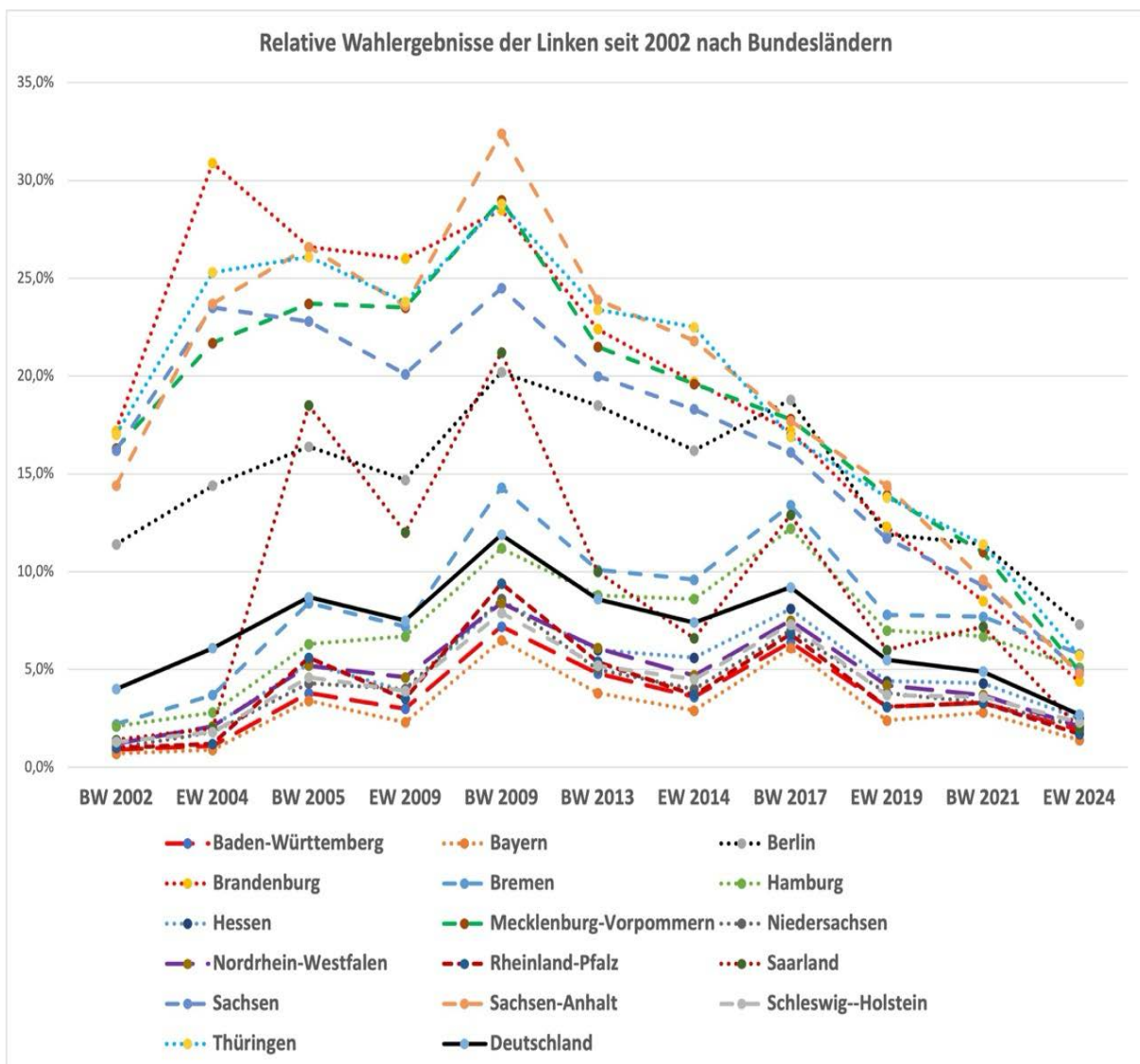
Quelle: eigene Grafik, Daten: Bundeswahlleiter



Quelle: eigene Grafik, Daten: Bundeswahlleiter

Relatives Stimmenergebnis für Die Linke bei bundesweiten Wahlen seit 2002, nach Bundesländern											
	BW 2002	EW 2004	BW 2005	EW 2009	BW 2009	BW 2013	EW 2014	BW 2017	EW 2019	BW 2021	EW 2024
Baden-Württemberg	0,9%	1,1%	3,8%	3,0%	7,2%	4,8%	3,6%	6,4%	3,1%	3,3%	1,9%
Bayern	0,7%	0,9%	3,4%	2,3%	6,5%	3,8%	2,9%	6,1%	2,4%	2,8%	1,4%
Berlin	11,4%	14,4%	16,4%	14,7%	20,2%	18,5%	16,2%	18,8%	11,9%	11,4%	7,3%
Brandenburg	17,2%	30,9%	26,6%	26,0%	28,5%	22,4%	19,7%	17,2%	12,3%	8,5%	4,4%
Bremen	2,2%	3,7%	8,4%	7,2%	14,3%	10,1%	9,6%	13,4%	7,8%	7,7%	5,8%
Hamburg	2,1%	2,8%	6,3%	6,7%	11,2%	8,8%	8,6%	12,2%	7,0%	6,7%	5,1%
Hessen	1,3%	2,1%	5,3%	3,9%	8,5%	6,0%	5,6%	8,1%	4,4%	4,3%	2,5%
Mecklenburg-Vorpommern	16,3%	21,7%	23,7%	23,5%	29,0%	21,5%	19,6%	17,8%	13,9%	11,0%	4,9%
Niedersachsen	1,0%	1,8%	4,3%	4,0%	8,6%	5,0%	4,0%	7,0%	3,8%	3,3%	2,1%
Nordrhein-Westfalen	1,2%	2,1%	5,2%	4,6%	8,4%	6,1%	4,7%	7,5%	4,2%	3,7%	2,1%
Rheinland-Pfalz	1,0%	1,2%	5,6%	3,5%	9,4%	5,4%	3,7%	6,8%	3,1%	3,3%	1,7%
Saarland	1,4%	2,0%	18,5%	12,0%	21,2%	10,0%	6,6%	12,9%	6,0%	7,2%	2,0%
Sachsen	16,2%	23,5%	22,8%	20,1%	24,5%	20,0%	18,3%	16,1%	11,7%	9,3%	4,9%
Sachsen-Anhalt	14,4%	23,7%	26,6%	23,6%	32,4%	23,9%	21,8%	17,7%	14,4%	9,6%	4,8%
Schleswig-Holstein	1,3%	1,8%	4,6%	3,9%	7,9%	5,2%	4,5%	7,3%	3,7%	3,6%	2,3%
Thüringen	17,0%	25,3%	26,1%	23,8%	28,8%	23,4%	22,5%	16,9%	13,8%	11,4%	5,7%
Deutschland	4,0%	6,1%	8,7%	7,5%	11,9%	8,6%	7,4%	9,2%	5,5%	4,9%	2,7%

Quelle: eigene Tabelle, Daten: Bundeswahlleiter



Quelle: eigene Grafik, Daten: Bundeswahlleiter

Relative Gewinne und Verluste für Die Linke (gegenüber der letzten gleichartigen Wahl (Bundestags- bzw. Europawahl))											
	BW 2002	EW 2004	BW 2005	EW 2009	BW 2009	BW 2013	EW 2014	BW 2017	EW 2019	BW 2021	EW 2024
Baden-Württemberg	-0,1%	0,0%	2,9%	1,9%	3,4%	-2,4%	-3,6%	1,6%	-0,5%	-3,1%	-1,2%
Bayern	0,0%	0,2%	2,7%	1,4%	3,1%	-2,7%	-3,6%	2,3%	-0,5%	-3,3%	-1,0%
Berlin	-2,0%	-2,3%	5,0%	0,3%	3,8%	-1,7%	-4,0%	0,3%	-4,3%	-7,4%	-4,6%
Brandenburg	-3,1%	5,1%	9,4%	-4,9%	1,9%	-6,1%	-8,8%	-5,2%	-7,4%	-8,7%	-7,9%
Bremen	-0,2%	1,1%	6,2%	3,5%	5,9%	-4,2%	-4,7%	3,3%	-1,8%	-5,7%	-2,0%
Hamburg	-0,2%	-0,5%	4,2%	3,9%	4,9%	-2,4%	-2,6%	3,4%	-1,6%	-5,5%	-1,9%
Hessen	-0,2%	0,5%	4,0%	1,8%	3,2%	-2,5%	-2,9%	2,1%	-1,2%	-3,8%	-1,9%
Mecklenburg-Vorpommern	-7,3%	-2,6%	7,4%	1,8%	5,3%	-7,5%	-9,4%	-3,7%	-5,7%	-6,8%	-9,0%
Niedersachsen	0,0%	0,6%	3,3%	2,2%	4,3%	-3,6%	-4,6%	2,0%	-0,2%	-3,7%	-1,7%
Nordrhein-Westfalen	0,0%	0,8%	4,0%	2,5%	3,2%	-2,3%	-3,7%	1,4%	-0,5%	-3,8%	-2,1%
Rheinland-Pfalz	0,0%	0,4%	4,6%	2,3%	3,8%	-4,0%	-5,7%	1,4%	-0,6%	-3,5%	-1,4%
Saarland	0,4%	1,0%	17,1%	10,0%	2,7%	-11,2%	-14,6%	2,9%	-0,6%	-5,7%	-4,0%
Sachsen	-3,8%	2,5%	6,6%	-3,4%	1,7%	-4,5%	-6,2%	-3,9%	-6,6%	-6,8%	-6,8%
Sachsen-Anhalt	-6,3%	2,8%	12,2%	-0,1%	5,8%	-8,5%	-10,6%	-6,2%	-7,4%	-8,1%	-9,6%
Schleswig-Holstein	-0,2%	0,4%	3,3%	2,1%	3,3%	-2,7%	-3,4%	2,1%	-0,8%	-3,7%	-1,4%
Thüringen	-4,2%	4,7%	9,1%	-1,5%	2,7%	-5,4%	-6,3%	-6,5%	-8,7%	-5,5%	-8,1%
Deutschland	-1,1%	0,3%	4,7%	1,4%	3,2%	-3,3%	-4,5%	0,6%	-1,9%	-4,3%	-2,8%

Quelle: eigene Tabelle, Daten: Bundeswahlleiter

Absolutes Stimmenergebnis für Die Linke bei bundesweiten Wahlen seit 2002, nach Bundesländern											
	BW 2002	EW 2004	BW 2005	EW 2009	BW 2009	BW 2013	EW 2014	BW 2017	EW 2019	BW 2021	EW 2024
Baden-Württemberg	56.156	42.488	219.105	114.105	389.637	272.456	142.360	380.727	151.619	196.874	98.161
Bayern	49.515	32.290	244.701	91.733	429.371	248.920	113.914	450.803	137.089	210.838	86.210
Berlin	212.642	132.381	303.630	126.442	348.661	330.507	188.344	351.170	179.943	209.052	112.818
Brandenburg	263.228	172.235	416.359	162.687	395.566	311.312	183.727	255.721	147.670	129.762	61.469
Bremen	8.443	6.627	30.570	13.468	48.369	33.284	18.499	44.629	22.844	25.352	15.191
Hamburg	20.253	11.872	59.463	29.181	99.096	78.296	47.630	119.076	55.375	67.578	44.289
Hessen	45.891	33.571	178.913	63.407	271.455	188.654	103.573	271.158	111.582	142.585	70.305
Mecklenburg-Vorpommern	158.823	130.782	234.702	146.305	251.536	186.871	119.198	165.368	104.952	101.735	41.570
Niedersachsen	50.380	42.385	205.200	97.328	380.373	223.935	118.385	322.979	141.841	148.657	84.491
Nordrhein-Westfalen	125.446	112.571	529.967	252.475	789.814	582.925	322.197	736.904	337.933	366.947	177.106
Rheinland-Pfalz	24.099	20.493	132.154	57.455	205.180	120.338	62.977	160.912	59.835	76.123	35.436
Saarland	9.000	8.807	117.089	54.570	123.880	56.045	27.630	75.448	29.785	41.130	10.078
Sachsen	418.329	367.196	603.824	321.988	551.461	467.045	296.853	398.627	240.288	230.012	108.940
Sachsen-Anhalt	206.129	194.735	385.422	173.385	389.456	282.319	174.103	220.858	140.082	115.330	52.060
Schleswig-Holstein	22.579	13.783	78.755	31.715	127.203	84.177	43.302	124.678	50.345	64.238	33.617
Thüringen	245.789	256.893	378.340	232.995	354.875	288.615	205.763	218.212	144.866	144.693	59.527
Deutschland	1.916.702	1.579.109	4.118.194	1.969.239	5.155.933	3.755.699	2.168.455	4.297.270	2.056.049	2.270.906	1.091.268

Quelle: eigene Tabelle, Daten: Bundeswahlleiter

Absolute Gewinne und Verluste gegenüber der letzten gleichartigen Wahl (Bundestags- bzw. Europawahl)											
	BW 2002	EW 2004	BW 2005	EW 2009	BW 2009	BW 2013	EW 2014	BW 2017	EW 2019	BW 2021	EW 2024
Baden-Württemberg	-1.857	10.049	162.949	71.617	170.532	-117.181	28.255	108.271	9.259	-183.853	-53.458
Bayern	3.214	3.366	195.186	59.443	184.670	-180.451	22.181	201.883	23.175	-239.965	-50.879
Berlin	-50.695	-28.199	90.988	-5.939	45.031	-18.154	61.902	20.663	-8.401	-142.118	-67.125
Brandenburg	-49.862	15.922	153.131	-9.548	-20.793	-84.254	21.040	-55.591	-36.057	-125.959	-86.201
Bremen	-1.372	1.051	22.127	6.841	17.799	-15.085	5.031	11.345	4.345	-19.277	-7.653
Hamburg	-2.350	-2.862	39.210	17.309	39.633	-20.800	18.449	40.780	7.745	-51.498	-11.086
Hessen	-6.325	4.347	133.022	29.836	92.542	-82.801	40.166	82.504	8.009	-128.573	-41.277
Mecklenburg-Vorpommern	-98.641	-34.815	75.879	15.523	16.834	-64.665	-27.107	-21.503	-14.246	-63.633	-63.382
Niedersachsen	312	10.308	154.820	54.943	175.173	-156.438	21.057	99.044	23.456	-174.322	-57.350
Nordrhein-Westfalen	-6.104	35.882	404.521	139.904	259.847	-206.889	69.722	153.979	15.736	-369.957	-160.827
Rheinland-Pfalz	-984	5.449	108.055	36.962	73.026	-84.842	5.522	40.574	-3.142	-84.789	-24.399
Saarland	1.913	3.971	108.089	45.763	6.791	-67.835	-26.940	19.403	2.155	-34.318	-19.707
Sachsen	-159.435	-23.930	185.495	-45.208	-52.363	-84.416	-25.135	-68.418	-56.565	-168.615	-131.348
Sachsen-Anhalt	-131.264	-18.804	179.293	-21.350	4.034	-107.137	718	-61.461	-34.021	-105.528	-88.022
Schleswig-Holstein	-2.891	2.189	56.176	17.932	48.448	-43.026	11.587	40.501	7.043	-60.440	-16.728
Thüringen	-92.411	27.440	132.551	-23.898	-23.465	-66.260	-27.232	-70.403	-60.897	-73.519	-85.339
Deutschland	-598.752	11.364	2.201.492	390.130	1.037.739	-1.400.234	199.216	541.571	-112.406	-2.026.364	-964.781

Quelle: eigene Tabelle, Daten: Bundeswahlleiter

Erkenntnisse aus Nachwahlbefragungen

Wahlentscheidung nach sozialen Merkmalen bei infratest dimap

Wahlentscheidung nach Alter						
LINKE	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD	BSW
16-24						
6% (-2)	9% (+1)	17% (+5)	11% (-23)	6% (-2)	17% (+12)	6% (+6%)
25-34						
5% (-2)	9% (-1)	18% (+0)	15% (-10)	5% (-1)	18% (+7)	5% (+5%)
35-44						
3% (-2)	10% (-1)	25% (+2)	14% (-10)	5% (-1)	21% (+8)	5% (+5%)
45-59						
2% (-3)	13% (-1)	31% (+5)	13% (-11)	5% (+0)	18% (+5)	6% (+6%)
60-69						
2% (-4)	19% (-1)	33% (+0)	11% (-7)	4% (-1)	16% (+5)	7% (+7%)
70 und älter						
2% (-2)	23% (-1)	46% (-1)	7% (-2)	5% (+1)	8% (+1)	5% (+5%)

Quelle: Eigene Grafik, Daten: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5Dn>

Wahlentscheidung nach Berufsgruppe						
LINKE	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD	BSW
Arbeiter						
3% (-3)	12% (-3)	24% (+0)	6% (-8)	3% (-1)	34% (+11)	5% (+5%)
Angestellte						
3% (-3)	13% (+0)	28% (+4)	13% (-13)	5% (-1)	16% (+7)	6% (+6%)
Selbstständige						
2% (-1)	9% (+0)	30% (+4)	15% (-10)	9% (-3)	18% (+6)	6% (+6%)
Rentner						
2% (-3)	21% (-2)	41% (+0)	8% (-3)	5% (+1)	12% (+2)	7% (+7%)

Quelle: Eigene Grafik, Daten: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5Dn>

Wahlentscheidung nach Geschlecht						
LINKE	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD	BSW
Männer						
2% (-3)	13% (-3)	30% (+2)	11% (-7)	6% (+0)	20% (+7)	5% (+5%)
Frauen						
3% (-2)	15% (-1)	29% (+0)	13% (-11)	4% (-1)	13% (+5)	6% (+6%)

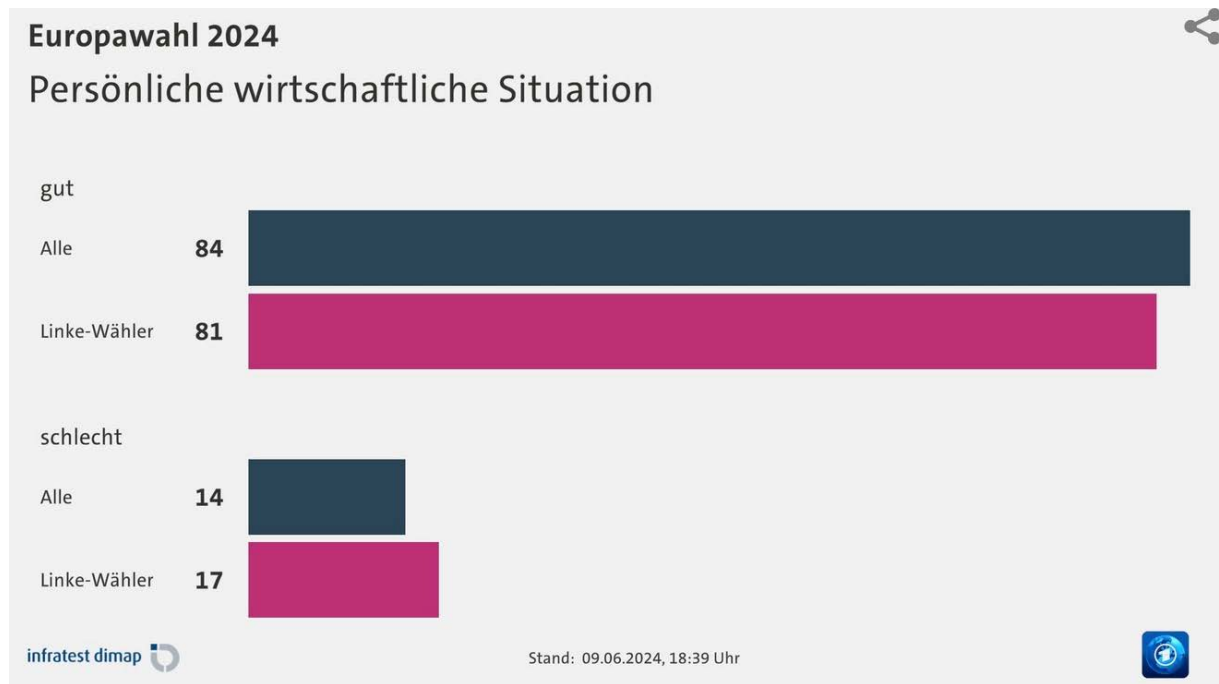
Quelle: Eigene Grafik, Daten: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5Dn>

Wahlentscheidung nach Lebensstandard						
LINKE	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD	BSW
niedrig						
3%	11%	18%	6%	3%	33%	8%
hoch						
3%	15%	31%	13%	5%	13%	5%

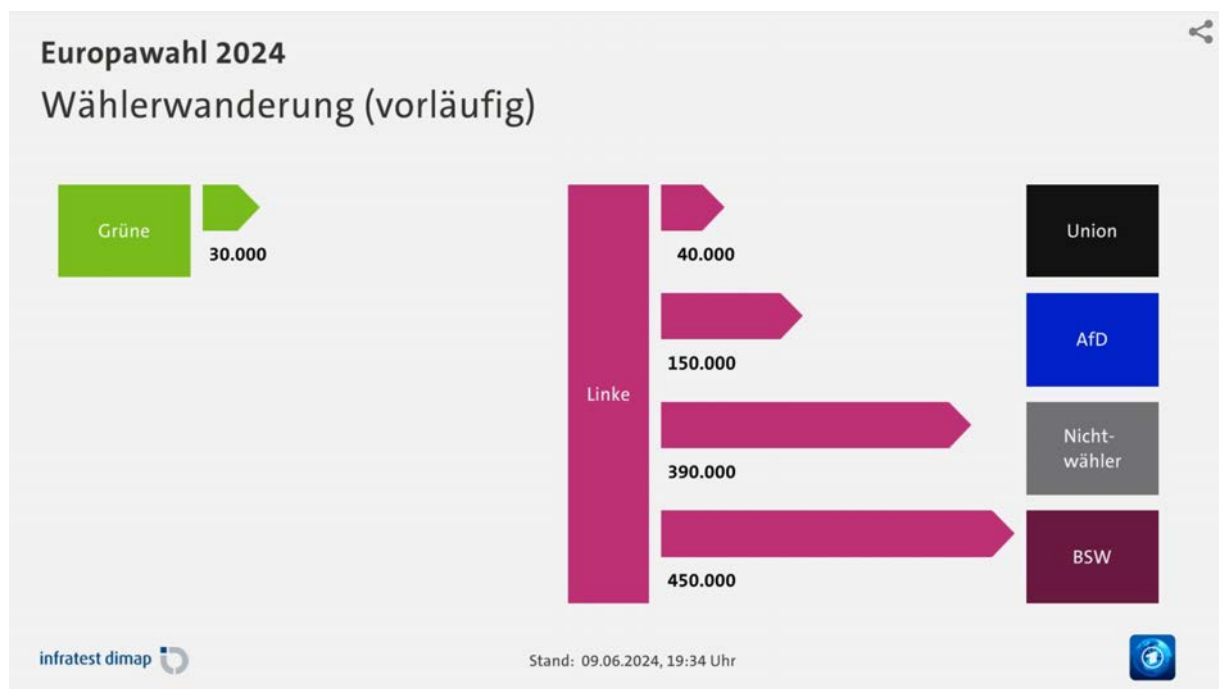
Quelle: Eigene Grafik, Daten: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5Dn>



Quelle: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5Do>



Quelle: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5Do>



Quelle: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5Dn>